

MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Bundesgeschäftsstelle
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt a.M.

Telefon: 069 76809659
Fax: 069 76809663

E-Mail: bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Bankverbindung:
Baden-Württembergische Bank (BW-Bank)
BLZ 600 501 01
Konto-Nr 4 286 088

**WIR LAGEN BEI DER EUROPAWAHL 2009 VON 32 PARTEIEN
IN DER WÄHLERGUNST BEREITS AN ACHTER STELLE!
JE MEHR WÄHLER UNS WÄHLEN,
DESTO MEHR WERDEN SICH DIE
ETABLIERTEN PARTEIEN UNSERER
THEMEN UND ZIELE ANNEHMEN.**

**PARTEI ERGEIFEN
DAMIT DIE ZUKUNFT
EINE CHANCE HAT**

**STEFAN BERNHARD ECK,
BUNDESVORSITZENDER**



WAHLPROGRAMM BUNDESTAGSWAHL 2009

FÜR TIERSCHUTZ UND TIERRECHTE	3
AGRARWENDE – ABSCHAFFUNG DER MASSENTIERHALTUNG	6
KONSEQUENTER KLIMASCHUTZ	11
NEIN ZUR »GRÜNEN GENTECHNIK«	14
ENERGIEGEWINNUNG OHNE ATOMKRAFT	17
WEGE AUS DER WIRTSCHAFTSKRISE	20
ZURÜCK ZUR SOZIALEN GERECHTIGKEIT	22

*Probleme kann man niemals
mit derselben Sichtweise lösen,
durch die sie entstanden sind.*
ALBERT EINSTEIN

MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

DIE TIERSCHUTZPARTEI



VORWORT

PARTEI ERGREIFEN FÜR MENSCH, TIER, UMWELT

In der deutschen Politik ist vieles verbesserungsbedürftig! In fast allen Bereichen wurde in den vergangenen vier Jahren unter Schwarz-Rot der Rückwärtsgang eingelegt. Die Folgen: inkompetente Finanzpolitik, Destabilisierung der Finanzmärkte, Wirtschaftskrise und Firmenpleiten, desaströse Staatsverschuldung und soziale Ungerechtigkeit. Daneben eine Umweltschutzpolitik, die den Namen nicht verdient, weil sie

.....
Was den Tierschutz betrifft, hat Deutschland unter der Merkel-Administration seine einstige Vorreiterrolle längst an andere europäische Staaten abgegeben.
.....

das Gegenteil von Umweltschutz bewirkt. Was den Tierschutz betrifft, hat Deutschland unter der Merkel-Administration seine einstige Vorreiterrolle längst an andere europäische Staaten abgegeben. Und wer glaubt, dass all die Versprechungen, die jetzt vor der Wahl gemacht werden, auch danach eingehalten werden, ist auf dem Holzweg. Vor der Wahl ist nicht nach der Wahl! Kommt Schwarz-Rot, geht die Misere wie bisher unvermindert weiter; kommt Schwarz-Gelb wird es noch schlimmer!

Wir können mitreden – nicht nur in Bezug auf Tierschutzfragen, denn neben diesem Themenkomplex stehen Umweltschutzpolitik, Landwirtschaftspolitik, Energiepolitik, Sozialpolitik sowie Wirtschaftspolitik oben auf unserer Agenda. Die Probleme in diesen Bereichen – gerade in Krisenzeiten – können nicht mit Schönrederei oder Aussitzen gelöst werden, sondern nur durch eine ökologische und ethisch fundierte Politik.

Wir haben wirksame und zukunftsweisende Konzepte, weil wir im wahrsten Sinne des Wortes ökologisch denken (griechisch oikos = das Haus, das Ganze betreffend). Wir gehen nicht am Gängelband der großen Wirtschaftsverbände. Wir vertreten unsere Positionen, auch wenn wir damit gegen den Strom schwimmen!

Nicht umsonst heißt unser Leitgedanke: *Partei ergreifen für Mensch, Tier und Umwelt.* Unsere Zielsetzungen sind sozial, ökologisch, tierfreundlich und damit ganzheitlich!

In diesem Wahlprogramm wollen wir nicht detailliert auf alle Aussagen unserer Politik eingehen, sondern nur unsere Schwerpunktthemen zur Bundestagswahl 2009 erläutern.

**Partei Mensch Umwelt Tierschutz
– Die Tierschutzpartei –**

FÜR TIERSCHUTZ UND TIERRECHTE

IN DEUTSCHLAND

In Deutschland leben zurzeit rund 13 Millionen Rinder, 27 Millionen Schweine, 25 Millionen Kaninchen, drei Millionen Schafe, 160.000 Ziegen, 54 Millionen Masthühner, 50 Millionen »Legehennen«, zehn Millionen Puten, 2,6 Millionen Enten, 400.000 Gänse und eine nicht bekannte Zahl von »Zuchtfischen«. Daneben wird eine nicht genau bekannte Zahl von Nerzen, Chinchillas und Füchsen zur Pelzgewinnung gehalten.

Hinzu kommen einige Millionen Tiere –

Mäuse, Ratten, Kaninchen, Hamster, Vögel, Amphibien, Schweine, Rinder, Hunde, Schafe, Katzen, Hunde und Affen – in Tierversuchslaboren. Tierversuche sind ethisch zutiefst verwerflich, da die Tiere in brutaler Weise ausgenutzt und gequält werden. Außerdem sind sie aus methodenkritischer Sicht abzulehnen. Jährlich werden riesige Summen von Steuergeldern in die Tierversuchs-Industrie gepumpt, die Förderung der Erforschung tierversuchsfreier



Bild: istockphoto.com

Testmethoden führt hingegen nach wie vor ein Schattendasein!

In 350 Zirkusunternehmen und in 300 zoologischen Gärten und Wildparks werden Tausende Wildtiere gehalten. Geschätzte 90 Millionen Heimtiere leben in bundesdeutschen Haushalten und in Tierheimen. Und natürlich gibt es in Wald und Flur noch viele Wildtiere in Freiheit, über denen aber – zum Teil während des ganzen Jahres – das Damoklesschwert der Jagd schwebt.

Millionen Schlachttiere werden alljährlich Tausende von Kilometern kreuz und quer durch Europa transportiert, wobei sehr viele Tiere den Transport zum Schlachthof nicht überleben. Zusätzlich leiden und sterben Tiere – im Jahr 2007 waren es 2,5 Millionen – in den Laboren der Pharma- und Chemiekonzerne, in unseren Universitäten und Forschungseinrichtungen als anatomische Studienobjekte angehender Mediziner/innen oder für eine fragwürdige Grundlagenforschung, und darüber hinaus in der Kriegswaffen-Industrie als Testobjekte zukünftiger Mordwerkzeuge.

Daneben fordert auch die Mode durch die Verarbeitung von Pelzen, Leder und Wolle einen hohen Tribut an Tierleben. Und die Jagd, die in unserem Lande schon seit langer Zeit nicht mehr der überlebensnotwendigen Nahrungsbeschaffung dient, sondern vielmehr als fragwürdige, pseudosportliche Freizeitaktivität oder bestenfalls als Pflege einer uralten Tradition interpretiert werden muss, kostet pro Jahr rund 5 Millionen Wildtieren das Leben. Darüber hinaus werden jährlich etwa 300.000 Hauskatzen und an die 40.000 Hunde von Jägern erschossen, erschlagen oder in Fallen getötet.

All diese Tiere brauchen engagierte Menschen, die sich für ihren Schutz einsetzen. Tierschutz um der Tiere willen, aber auch deshalb, weil konsequenter Tierschutz den besten Menschenschutz und Umweltschutz bedeutet!

Die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz (Artikel 20 a) hat die Rechtsstellung für die Tiere zweifellos verbessert, aber von einer tierfreundlichen Gesellschaft – geschweige denn von der Anerkennung elementarer Rechte der Tiere – sind wir noch sehr weit entfernt.

Tierschutz hat in unserer Partei schon immer einen besonders hohen Stellenwert eingenommen. Wir sind die erste und einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die sich gleichermaßen konsequent für Menschen, Tiere und Umwelt einsetzt – und dies seit der Gründung im Jahre 1993. Unsere Partei ist außerdem so außerordentlich wichtig, weil keine der etablierten Parteien bisher den Mut und die Einsicht gezeigt hat, alle heutigen Probleme in ihren ursächlichen Zusammenhängen zu verdeutlichen. Dies zu erkennen, aufzuzeigen und richtig anzugehen, ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben! Im Unterschied zu anderen Parteien ist für uns die konsequente Bewahrung tierlicher Einzelindividuen vor psychischer und physischer Schädigung seitens des Menschen das Fundament unserer tierschutzpolitischen Agenda.

...keine der etablierten Parteien hat bisher den Mut und die Einsicht gezeigt, alle heutigen Probleme in ihren ursächlichen Zusammenhängen zu verdeutlichen.

Wir verstehen uns als Wegbereiter eines neuen politischen Selbstverständnisses, das gekennzeichnet ist durch die Abkehr vom anthropozentrischen Denken zugunsten einer politischen Kultur, die den Tieren, ebenso wie den Menschen, elementare Grundrechte zuerkennt, die nur in Fällen konkreter Notwehr angetastet werden dürfen.

Durch die unermüdliche Aufklärungsarbeit

Konsequenter Tierschutz besteht darin, auf alle tierlichen Produkte – auf Fleisch, Fisch und Milcherzeugnisse sowie Eier – zu verzichten.

und die zahlreichen Initiativen der Tierschutzverbände und Tierrechtsorganisationen, aber auch dank des politischen Engagements unserer Partei in den letzten 15 Jahren ist der Tierschutzgedanke heute zwar in unserer Gesellschaft angekommen, hat aber bei den etablierten Parteien leider immer noch einen marginalen Stellenwert.

UNSERE FORDERUNGEN:

Auf dem langen Weg zur Anerkennung der Rechte der Tiere gehört als erster und wichtigster Schritt ein eigener Tierschutzartikel ins Grundgesetz, damit in Zweifelsfällen zwischen einander entgegenstehenden Rechtsgütern abgewogen werden kann.

Danach muss das deutsche Tierschutzgesetz von Grund auf reformiert werden.

Wir werden uns gleichzeitig für die längst überfällige Einführung eines bundesweiten Tierschutz-Vereinsklagerechts für Tierschutzverbände einsetzen. Erst dadurch steht neben einem eigenen Tierschutz-Artikel auch ein juristisches Instrument zur Verfügung, um vor allem die Situation der »Nutztiere« zu verbessern. Daneben ist die Einsetzung unabhängiger Tierschutzbeauftragter mit weitreichenden Kontroll- und Klage-rechten notwendig, um ein höchstmögliches Maß an effektivem Tierschutz zu erreichen.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz sieht im Töten wild lebender Tiere grundsätzlich keine geeignete Verfahrensweise, um ökologische Stabilität herzustellen oder aufrechtzuerhalten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Jagd unsere Restnatur dauerhaft in ihrem Bestand schädigt.

Deshalb setzt sich unsere Partei für die vollständige Abschaffung der Jagd, des Jagdtourismus und des »Sportangelns« ein.

Das Züchten und Töten von Tieren zum Zweck der Pelzgewinnung ist ebenso wie die Verfolgung wild lebender »Pelztier« wie Fuchs und Marder sofort und ohne Übergangszeit zu unterbinden. Ein generelles Importverbot von Pelzen ist anzustreben.

Unser langfristiges Ziel ist auch die Abschaffung von Zoos und Wildparks in Deutschland.

Ferner fordern wir ein ausnahmsloses Verbot für alle Tierversuche: in der Grundlagenforschung, der Gentechnik, der Medizin, im Studium, in der Toxikologie und Produktentwicklung, in der Rüstungs- und Weltraumforschung, der Lebensmittel- und Pharmaforschung sowie für Kosmetika und Abwassertests.

Konsequenter Tierschutz besteht darin, auf alle tierlichen Produkte – vor allem auf Fleisch, Fisch und Milcherzeugnisse sowie Eier – zu verzichten. Der Mehrwertsteuersatz für diese Produkte, der zurzeit 7 Prozent beträgt, muss als erster Schritt dem üblichen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent angepasst werden; als zweiter Schritt erfolgt nach einer Übergangsfrist von 5 Jahren die Einführung einer »Fleischsteuer« durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes für Fleisch und Fleischprodukte auf 25 Prozent.

Die gleiche Regelung sollte für Milch und Milchprodukte sowie Eier 5 Jahre nach der Einführung der »Fleischsteuer« in Kraft treten, um auch in diesen Bereichen eine deutliche Verminderung der Bestandsdichte zu erzielen.



Bild: soylent-network.com

AGRAR WENDE

ABSCHEFFUNG DER MASSENTIERHALTUNG

Es hat viele Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft gegeben; diese haben zu »Krisen« und zu Problemen geführt. BSE, Vogelgrippe, Schweinegrippe und andere Infektionskrankheiten, Hormone und Antibiotika im Tierfutter, Euter-Erkrankungen bei Milchkühen u.v.m. sind durch die industrielle tierquälerische Massentierhaltung erst entstanden. Für diese ne-

gative Entwicklung ist vor allem die Agrarpolitik der CDU/CSU verantwortlich! Unter Horst Seehofer (CSU) hat es gravierende Rückschritte für den Tierschutz der so genannten Nutztiere gegeben, z.B. die Rückkehr zur Batteriekäfig-Haltung von »Legehennen«. Seit Anfang 2009 sind zwar herkömmliche Legebatterien in Deutschland nicht mehr erlaubt, aber neben der Boden-

und Freilandhaltung wurde eine neue Haltungsförm eingeführt: die so genannte Kleingruppenhaltung. Außerdem sind auch bereits bestehende »ausgestaltete« Käfige nach EU-Recht noch zulässig. Beide Haltungsförm unterscheiden sich nur wenig von den früheren Batteriekäfigen. Laut Eier-Industrie und Gesetzgeber soll die neue Haltungsförm »artgerecht« sein, aber sie ist das Gegenteil. Das Leiden der »Legehennen« geht unvermindert weiter.

Ähnlich katastrophal ist die Lage für Mast-

rinder, Milchkühe, Mastkaninchen, Gänse, Enten, Puten sowie auch für die »Pelztiere« - alles empfindungsfähige Lebewesen, die in der Massentierhaltung zu bloßen »Produktionseinheiten« degradiert werden.

Mit den etablierten Parteien wird sich an der tierquälerischen Massentierhaltung kaum etwas ändern, weil bei ihnen Tierschutzpolitik nicht den notwendigen Stellenwert hat.

Mit großer Sorge verfolgt die Partei Mensch Umwelt Tierschutz die Entwicklungen bezüglich

der zunehmenden Massentierhaltung. Fest steht auch, dass der Konsum von Fleisch der nicht »artgerecht« gehaltenen, gequälten und gestressten Tiere für den Menschen mit gesundheitlichen Risiken verbunden ist.

Darüber hinaus trägt die extrem hohe Bestandsdichte an »Nutztieren« in unserem Land auch erheblich zum Treibhauseffekt bei. Weltweit verursacht die »Viehwirtschaft« mit 18,3 Prozent CO₂-äquivalenten Treibhausgasen am Klima einen größeren Schaden als der globale Individualverkehr, der rund 14 Prozent ausmacht.

Ein Mastrind produziert im Schnitt 20 Kilogramm Dung pro Tag, was bei Betrieben mit 10.000 Tieren zu 200.000 Kilogramm Exkrementen führt und dem organischen Abfall einer Stadt mit 110.000 Einwohnern entspricht. Die in der Intensiv- bzw. Massentierhaltung anfallende Menge an Gülle belastet nicht nur das Grundwasser, sondern trägt auch maßgeblich zum Waldsterben bei.

Laut neuester UNO-Studie hungern rund 923 Millionen Menschen, trotz einer weltweiten Getreideernte von 1,57 Milliarden Tonnen (Wirtschaftsjahr 2006). Bei einer Weltbevölkerung von 6,6 Milliarden Menschen stünde jedem pro Tag 652 Gramm Getreide als Nahrung zur Verfügung. Doch rund 50 Prozent der weltweiten jährlichen Getreideernte und 90 Prozent der jährlichen Sojabohnen-Welternte werden an »Nutztiere« verfüttert. Um ein kg Fleisch zu erzeugen,

benötigt man 7 bis 16 kg Getreide oder Sojabohnen. Bei der Umwandlung von Getreide in Fleisch gehen durch diese künstliche Verlängerung der Nahrungskette unter anderem 90 Prozent Eiweiß, 99 Prozent Kohlenhydrate und 100 Prozent Faserstoffe verloren.

Um 300 kg Rindfleisch zu erzeugen, werden gebraucht: 2.500 Liter Treibstoff für Landrodung, Futtermittelanbau, Tiertransporte usw. Darüber hinaus 3,5 Tonnen Futtermittel wie Getreide oder Soja sowie 600.000 Liter Wasser für den Futtermittelanbau und 14.600 Liter Wasser für das jeweilige Einzeltier.

Die ökologischen Belastungen betragen dadurch 3 Millionen Liter Kohlendioxid durch Verbrennung des Treibstoffes, 200.000 Liter Verdauungsgase der Tiere und 14,6 Tonnen Dung bzw. Gülle, die das Grundwasser verseucht.

Ein großer Teil des weltweit knappen Trinkwassers wird für die globale »Nutztier«-Halteung verwendet, aber für viele Menschen wird es immer knapper. Heute haben bereits rund 1,2 Milliarden Menschen kein ausreichend sauberes Trinkwasser!

Durch die Intensivlandwirtschaft mit ihren großen Tierbeständen und Monokulturen wird ebenfalls der Boden nachhaltig geschädigt. Auch durch den Einsatz von Pestiziden kommt es zu einem Rückgang der Artenvielfalt.

Ein Nebeneffekt der Massentierhaltung besteht darin, dass Jahr für Jahr Millionen von Tieren kreuz und quer durch Europa transportiert werden.

Aber nicht genug damit, auch in weit entfernte Drittländer geht der Transport der gequälten Tiere, um dort geschächtet oder geschlachtet zu werden. Sie sind nicht selten während tage- oder wochenlanger Transporte gnadenloser Enge ausgeliefert, oft bei extremen Temperaturen und ohne ausreichend gefüttert und getränkt zu werden.

Es gibt zwar gesetzliche minimale Tiertransport-Richtlinien, doch meist werden nicht einmal diese eingehalten, weil die nötigen Kontrollen fehlen. All diese Fakten sind bekannt, aber unsere Politiker, am Gängelband der mächtigen Agrar-Lobbyisten, unternehmen nichts, um die Massentierhaltung zu reduzieren.

Das leidige Thema Agrarsubventionen: Wer schon reich ist, erwirbt die Gunst der Politik und darf seinen Reichtum ins Gigantische vermehren; die wirklich Bedürftigen in der Agrarbranche hingegen, allen voran bäuerliche Familienbetriebe, insbesondere die mit ökologischer Ausrichtung, kämpfen ums Überleben. Dies ist das Fazit der Enthüllungen über die Verteilung der EU-Agrarsubventionen in der Bundesrepublik in den Jahren 2007 und 2008. Es war von nicht zu überbietender Peinlichkeit, dass unsere Regierung erst nach wiederholter Aufforderung und der Androhung von rechtlichen Schritten endlich – als letztes aller EU-Länder – im Juni 2009 ihrer Pflicht nachkam, sämtliche Empfänger der rund 10 Milliarden Agrarsubventionen pro Jahr, die von der EU, Bund und Ländern verteilt werden, zu veröffentlichen.

Der wahre Grund für diese Verschleierrtaktik dürfte sein, dass an erster Stelle auf der »Agrarsubventions-Hitliste« der multinational agierende Konzern Südzucker mit 34,3 Millionen Euro zu finden ist, gefolgt von Firmen wie Jägermeister (fast 700.000 Euro, und dies bei einem Gewinn im Geschäftsjahr 2007 von weit über 91 Millionen Euro!) und von Tochterfirmen

von BASF, Bayer und Merck. Auch der Stromriesen RWE, die Stahlwerke Salzgitter und Thyssen Krupp durften sich der Gunst der Politiker erfreuen.

Ein Fall aus Niedersachsen: Die Landesregierung spielt eine unrühmliche Rolle in einem Fall von »Subventionsbetrug«, der im Juni 2009 aufgedeckt wurde! Unbemerkt von der Öffentlichkeit spielt sich seit Jahren bei einem Gänsezüchter in Wistedt im Norden des Landes eine beispiellose Tierquälerei ab. Tausenden von Gänsen werden – mit einer Maschine, die nur für das Rupfen toter Tiere zugelassen ist – bei lebendigem Leibe die Daunen und Federn aus der Haut gerissen – ein eklatanter Verstoß sowohl gegen das deutsche Tierschutzgesetz als auch gegen das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Nutztieren, das den Mitgliedstaaten den Lebendrupf von Federtieren ausnahmslos verbietet!

Unfassbar: Indirekter Mittäter ist die niedersächsische Landesregierung, sattsam bekannt für ihre tierverachtende Politik, die das kriminelle Treiben dieses Züchters auch noch jahrelang mit EU-Geldern subventionierte. 165.000 Euro war ihr die Unterstützung dieser abscheulichen Tierquälerei im Jahre 2008 wert.

Eine »Wende« ist auch im Bereich der Subventionspolitik überfällig!

UNSERE FORDERUNGEN:

Eine grundlegende Agrarwende muss her, welche die Weichen für eine mittelfristige Abschaffung der Intensivhaltung von so genannten Nutztieren stellt!

Solange eine Intensivhaltung von so genannten Nutztieren noch erlaubt ist, sind Gesetzesübertretungen härter zu bestrafen.

Tierquälerei darf nicht als Kavaliärsdelikt gewertet werden!

Ebenso darf auch Tierquälerei unter dem Deck-

.....
... an erster Stelle auf der »Agrarsubventions-Hitliste« der multinational agierende Konzern Südzucker mit 34,3 Millionen Euro (...), gefolgt von Firmen wie Jägermeister (fast 700.000 Euro, und dies bei einem Gewinn im Geschäftsjahr 2007 von weit über 91 Millionen Euro!) und von Tochterfirmen von BASF, Bayer und Merck.



mantel der »Religionsfreiheit« nicht geduldet werden. Deshalb fordern wir ein sofortiges Verbot des betäubungslosen Schächtens – ohne Ausnahmeregelungen! Das tierquälerische Schlachten im Akkord ist ebenfalls zu verbieten!

Anbindehaltung und lebenslanges Einpferchen von Säuge- bzw. Wirbeltieren ist zu beenden. Tierquälerische Hühnerbatterien und ähnliche Anlagen zur Haltung von Puten, Enten, Gänsen, Kaninchen, Straußen usw. sind ohne Übergangsfristen und ausnahmslos gesetzlich zu verbieten. Eine weitere Forderung besteht in einem Importverbot für Produkte tierlichen Ursprungs, die nachweislich aus tierquälerischer Intensivhaltung stammen.

Als Nebeneffekt der Massentierhaltung sind die tierquälerischen Langstreckentransporte von lebenden Tieren aus Gründen der ethischen Verantwortung des Menschen gegenüber seinen leidensfähigen Mitlebewesen nicht tragbar und müssen deshalb umgehend beendet werden.

Fernziel muss der tierlose ökologische Landbau sein, bei dem aus ökologischen, aber vor allem aus ethischen Gründen auf Tierhaltung verzichtet und mit den natürlichen Lebensräumen verantwortungsvoll umgegangen wird. Deshalb sind alle landwirtschaftlichen Überproduktionen kontinuierlich abzubauen. Die Produktionsmenge für Milch, die »Milchquote« muss drastisch reduziert werden.

Als realistische Übergangslösung befürworten wir die Bewirtschaftung mit ökologischer und »artgerechter« Tierhaltung unter strengen Kontrollen durch Tierschutzbeauftragte.

Wir wollen eine zukunftsorientierte Agrarpolitik, bei der Wert auf Umwelt, Nachhaltigkeit, Tier- und Verbraucherschutz gelegt wird. Der Anbau pflanzlicher Nahrungsmittel muss bei einer gleichzeitigen Reduzierung der »Nutztier«

bestände gefördert werden. Zu unterstützen sind nicht die Betriebe mit Intensiv- und Massentierhaltung, sondern bäuerliche Kleinbetriebe mit ökologischem Anbau und so genannter artgerechter Tierhaltung. Die Subventionspolitik in Deutschland hat sich zukünftig streng an die EU-Vorgaben zu halten, deren Ziel Verbesserungen im ländlichen Raum sind. Dies bedeutet für uns, dass vorrangig kleine Öko-Bauern und Familienbetriebe mit so genannter artgerechter Tierhaltung durch Subventionen und durch nationale steuerliche Maßnahmen gefördert werden.

Wir setzen uns für eine Kennzeichnungspflicht von Fleisch- und Milchprodukten ein, mit der die Erzeugungsart (Massentierhaltung, konventionelle Haltung, »artgerechte« Haltung) für den Konsumenten klar ersichtlich wird.

Als weitere notwendige Maßnahme betrachten wir ein Verbot der Werbung für Fleisch, Fisch und Milchprodukte sowie Eier – ähnlich dem Verbot für Tabakwerbung.

Grünlandumwandlung zu Monokulturen für nachwachsende Energieträger lehnen wir aus Klima- und Naturschutzgründen strikt ab.

Eine klimaverträgliche Landwirtschaft muss mit einem »Klimabonus« (Sonderzahlung) belohnt werden. Die Betriebsumstellung auf eine rein pflanzliche Landbewirtschaftung ist durch Fördergelder zu unterstützen. Die bäuerliche Landschaftspflege ist durch Sonderprämien zu vergüten.

Wir fordern ferner für alle landwirtschaftlichen Betriebe die Einführung einer jährlichen Emissionsabgabe, deren Höhe sich aus dem jeweiligen Tierbestand errechnet.



Bild: istockphoto.com

KONSEQUENTER KLIMASCHUTZ

AUF DIE AGENDA

Klimaschwankungen hat es schon immer gegeben. Nach Eiszeiten folgten Wärmeperioden, aber im Gegensatz zu heute gingen die früheren Klimaveränderungen langsam vor sich. Tiere und Pflanzen hatten genügend Zeit, sich neuen Bedingungen anzupassen. Jetzt befindet sich unser Planet in einer sehr schnellen Erwärmungsphase. Die globale Durchschnittstemperatur ist in den letzten 100 Jahren schon um 0,74 Grad Celsius gestiegen. Klimaforscher halten einen Anstieg um weitere 6,4 Grad Celsius bis 2100 für möglich. Der

Grund für diese rasante Erwärmung liegt in der modernen, für eine Industriegesellschaft typischen Lebensweise. Seit Beginn der industriellen Revolution wurden durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas sowie durch die Abholzung von Wäldern und nicht zuletzt durch die Massentierhaltung hohe Treibhausgas-Emissionen erzeugt.

»Biosprit« trägt auch nicht dazu bei, das Klima zu retten - im Gegenteil, die »Sackgasse Biosprit« führt durch die Brandrodung riesiger Gebiete in Südamerika und Südostasien zu einer



erheblichen Zunahme der Treibhausgase.

Die Vereinten Nationen haben 2007 die Resultate ihres »Weltklimaberichtes«, an dem 600 Forscher beteiligt waren, veröffentlicht. Er enthält alarmierende Fakten: Eine Katastrophe ist nicht mehr auszuschließen! Das Klima reagiert drastischer auf den von Menschen verursachten Treibhauseffekt, als bisher angenommen.

DIE PROGNOSEN KURZ ZUSAMMENGEFASST:

1. Das Nordpolarmeer wird ab Mitte des Jahrhunderts im Sommer eisfrei bleiben.
2. Die Mittelmeerküsten werden durch tropische Hitze in den Sommermonaten kaum mehr bewohnbar sein. Die Tourismusindustrie dieser Regionen wird kollabieren.
3. In Gebirgen wird in den Wintermonaten weniger Schnee fallen.
4. Die Vegetationsperiode in den mittleren Breiten wird sich verlängern. Dies könnte vielleicht zu höheren Ernteerträgen in der Landwirtschaft führen, sofern es genug Niederschlag gibt. Die Halbtrockengebiete Afrikas und Südasiens werden aber unter noch schwereren Dürren leiden.

5. Die Meerestemperaturen steigen bis in eine Tiefe von drei Kilometern an.
6. Zwölf der letzten dreizehn Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.
7. Die extremen Wetterlagen werden zunehmen.
8. Die Gletscher der Hochgebirge werden abschmelzen, ebenso das Inlandeis von Grönland.
9. Der Meeresspiegel wird drastisch ansteigen. Ein großer Teil der Menschheit wird durch die Wetterextreme existenziell bedroht sein.

All diese Veränderungen werden sich viel schneller vollziehen, als die Klimaforscher um die Jahrhundertwende noch errechnet haben. Die Auswirkungen freigesetzter Treibhausgase sind irreversibel; die Ozeane werden noch für mindestens tausend weitere Jahre ansteigen.

Der »Klimakollaps« wird das Antlitz der Erde in weiten Teilen verändern, und er läuft zerstörerischer ab, als man es sich vorgestellt hatte. Gewaltige Stürme treten in immer kürzerer Folge auf und verwüsten ganze Landstriche. Verheerende Dürreperioden wechseln sich mit sintflutartigem Regen ab. Die Wüstenregionen werden sich schneller als bisher ausbreiten. Immer mehr Menschen werden durch Wetterextreme um Hab und Gut gebracht und müssen ihre Heimat verlassen. Der Klimawandel ist Realität geworden, und es ist mittlerweile zweifellos

.....
Mehr Klimaschutz muss über eine Agrarwende vorangetrieben werden, denn Intensivtierhaltung und große »Nutztier-Bestände« sind der Klimakiller Nummer 1!

erwiesen, dass die klimatischen Veränderungen anthropogene Ursachen haben. Die starke Zunahme der Treibhausgase in der Atmosphäre ist eindeutig auf den Menschen zurückzuführen.

Nicht nur Politik und Wirtschaft sind jetzt gefordert, sondern jeder Einzelne. Gemeinsam müssen wir dazu beitragen, die Folgen der globalen Erwärmung abzumildern!

UNSERE FORDERUNGEN:

Konsequenter Klimaschutz auf die politische Agenda und mit einem eigenständigen Artikel in die Verfassung!

Die Emissionsziele dürfen nicht auf Grund der Weltwirtschaftskrise nachrangig behandelt werden. Deutschland muss Vorreiter werden, seine Wirtschaft zukunftsfähig und klimafreundlich umbauen und seine Emissionen bis 2025 um mindestens ein Drittel reduzieren.

Wir brauchen sauberen Strom von Ökoanbietern anstatt aus Atom-, Gas- oder Kohlekraftwerken. Die Grenzwerte für CO₂-Emissionen aus Kraftwerken müssen umweltfreundlicher festgelegt werden. Eine verantwortungsvolle Politik

setzt auf Solarenergie, geothermische Energie, Wasserkraft und Windkraft.

Wir setzen uns für die LKW-Maut auf deutschen Straßen ein, mit Sätzen, die sowohl die wirtschaftlichen als auch die ökologischen Kosten berücksichtigen. Die derzeit gültigen Mautkosten sind zu niedrig angesetzt.

Wir fordern die Besteuerung von Flugbenzin (Kerosin), verbunden mit der Abschaffung aller Steuerprivilegien im Flugverkehr.

Darüber hinaus fordern wir den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, um den klimaschädlichen Individualverkehr zu vermindern, die Erhöhung staatlicher Mittel zur Forschung im Bereich energiesparender und klimafreundlicher Antriebsaggregate für Kraftfahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe.

Mehr Klimaschutz muss auch über eine Agrarwende vorangetrieben werden, denn Intensivtierhaltung und große »Nutztier-Bestände« sind der Klimakiller Nummer 1!

Der Anbau großflächiger Monokulturen für »Biosprit« muss gestoppt werden! Er beschleunigt die Abholzung der verbliebenen Tropenwälder, zerstört die Biodiversität und verschärft die Klimakrise.

Die laufenden Förderprogramme für Altbausanierung, für die Verbesserung von Wärmeschutz an Wohngebäuden, für die Sanierung von Heizungs- und Warmwasseranlagen sowie für den Einbau von Solarenergie-Anlagen sind aufzustocken, um einen größeren Anreiz zu schaffen. Klimaschutz muss stärker belohnt werden!

NEIN

Jeden Tag stirbt ein Stück Natur, auch in unserem Land - ein irreversibler Schaden: dramatische aber unbemerkte Verluste an Arten von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen. Durch Industrie, konventionelle Landwirtschaft, Massentierhaltung und private Haushalte werden Luft, Wasser und Boden belastet, Flächen werden versiegelt und Rohstoffe verschwendet, weil unverantwortliche Politiker/innen immer noch auf Wachstum setzen anstatt auf Naturverträglichkeit.

Dieser Negativ-Trend könnte sich durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen noch beschleunigen

Zwar haben schon immer die Menschen versucht, Pflanzen zu veredeln und zu verbessern. Bisher geschah dies aber durch konventionelle Züchtung. Gentechnik hingegen bedeutet das Einschleusen eines artfremden Gens in einen Organismus mit Hilfe von Bakterien, Viren oder anderen Methoden. Dadurch soll angeblich die Qualität, Haltbarkeit etc. vieler Nahrungspflanzen stark verbessert werden.

Beispiele sind »Antimatsch-Tomaten« und Erdbeeren, die durch Einbau der Gene von Tiefseefischen kälteresistent sind. Die problematischste »Verbesserung« ist die angestrebte Resistenz

gegen so genannte Schädlinginsekten, aber auch gegen Pestizide und Insektizide.

Seit Jahrzehnten versucht die einschlägige Lobby, der Bevölkerung die »grüne Gentechnik« schmackhaft zu machen, indem sie behauptet, diese sei notwendig, um dem Hunger in der Welt entgegenzuwirken.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist durch die Gentechnik keine Entschärfung an der »Hungerfront« eingetreten.

GRÜNDE GEGEN DIE »GRÜNE GENTECHNIUK«:

1. Bisher sind die genauen Wirkmechanismen unklar, wenn bei Pflanzen und Tieren das Erbgut verändert wird. Immer wieder tauchen bei gentechnisch veränderten, so genannten transgenen Pflanzen unerwartete Eigenschaften auf.
2. Bereits jetzt zeigt sich, dass der Anbau von derartigen Organismen zu einem Rückgang der Artenvielfalt führt. Darüber hinaus entstehen resistente »Super-Unkräuter«. Das von den genmanipulierten Pflanzen produzierte Gift reichert sich im Boden an.

ZUR »GRÜNEN GENTECHNIK«

3. Forscher haben noch nicht geklärt, wie sich der Verzehr von gentechnisch veränderten Organismen langfristig auf die menschliche Gesundheit auswirkt. Es liegen keine Langzeitstudien vor.

Da also die Risiken noch nicht abgeschätzt werden können, sind folglich alle Konsumenten unfreiwillige »Testpersonen«!

4. Besonders bedenklich sind die Antibiotika-Resistenzen, die in viele bisher entwickelte Gen-Pflanzen eingebaut wurden. Auf Bakterien einmal übergegangen, kann dies zu resistenten Stämmen führen.

5. Sind transgene Pflanzen erst einmal angebaut, können sie sich unkontrollierbar ausbreiten (Pollenflug, über Insekten, Vögel und andere Tiere).

6. Für die Hersteller von Bio-Nahrungsmitteln hat ein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Nachbarschaft erhebliche Mehrkosten für Analytik und Qualitätssicherung der eigenen Pflanzen zur Folge.

7. Schon bei einem geringen Anbau von

Genpflanzen sind die Verbraucher nicht mehr sicher, was sie tatsächlich essen, denn Pollenflug und Verunreinigungen im Saatgut machen einen gentechnikfreien Anbau gleichartiger Pflanzen unmöglich.

8. »Grüne Gentechnik« gefährdet Arbeitsplätze, denn sie ist eine Rationalisierungstechnologie. Gentechnik-Konzerne werden die mittelständischen und herkömmlichen Saatzucht-Unternehmen nach und nach vom Markt drängen.

9. Niemand kommt für mögliche Schäden durch Gen-Pflanzen auf – nicht die Industrie, die sie herstellt, nicht der Bauer, der sie anbaut, und auch keine Versicherung.

10. Gentechnisch veränderte Pflanzen werden patentiert und führen somit zu einer monopolistischen Marktbeherrschung einzelner Konzerne.

11. Gentechnisch veränderte Pflanzen dienen überwiegend als Futtermittel für Schweine und Rinder. Tiere sind immer die ersten Opfer und müssen als »Testobjekte« für den



Bild: strichcode, pixelio.de

NEIN ZUR »GRÜNEN GENTECHNIK«

Menschen erhalten. Obgleich zur Genüge bekannt ist, dass Tiere aufgrund ihrer Andersartigkeit keine »Modelle« für den Menschen sein können, werden sie – einem fatalen Automatismus folgend – stets und ständig zu Versuchen herangezogen. In diesem Falle führte die Verfütterung von Genpflanzen zu Krebs bei Ratten und zur Unfruchtbarkeit bei Schweinen und anderen Tieren. Dies bestätigten im Übrigen auch Landwirte aufgrund der Beobachtungen an ihren eigenen Tieren.

Da bisher Langzeitstudien fehlen, kann über Auswirkungen von genmanipulierter Nahrung auf den Menschen nur spekuliert werden. Die Vorsicht gebietet jedoch, davon gänzlich Abstand zu nehmen.

Fatalerweise sollen »Biotreibstoffe« aus Mais, Soja oder Raps den weiteren Anbau genmanipulierter Pflanzen legitimieren. Die Konsequenzen aus deren Freigabe könnten zu einer völligen Abhängigkeit von den einschlägigen Konzernen führen, sowohl hinsichtlich der Nahrungsmittelproduzenten als auch der Konsumenten. Somit sind die globale Nahrungssouveränität, die Biodiversität und das gesamte ökologische Gleichgewicht bedroht.

UNSERE FORDERUNGEN:

Keine »grüne Gentechnik« in der deutschen Landwirtschaft! Wir wollen eine gänzlich gentechnikfreie, natürliche Landwirtschaft, denn die ökologischen und gesundheitlichen Risiken sind heute noch nicht absehbar.

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen für den menschlichen Verzehr, für Futtermittel oder als nachwachsende Energieträger muss auch zukünftig verboten bleiben.

Wir fordern eine strikte Kennzeichnungspflicht für alle importierten Nahrungsmittel, deren Inhaltsstoffe aus gentechnisch veränderten Erzeugnissen bestehen.

Für aufgetretene Schäden infolge gentechnischer Kontaminationen sind unter allen Umständen die Verursacher regresspflichtig zu machen!

Wir fordern, dass es vorrangig um Ökologie geht und nicht um Ökonomie. Wir fordern eine vorausschauende Politik, damit wir den zukünftigen Generationen eine lebenswerte und intakte Welt hinterlassen.

ENERGIE GEWINNUNG OHNE ATOMKRAFTWERKE

Die alltäglichen Risiken von Kernkraftwerken: Schon der Normalbetrieb von Kernkraftwerken hat Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Eine epidemiologische Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz im Jahr 2007 ergab eine signifikant erhöhte Leukämie-Rate bei Kindern im Umkreis von ca. 15 km von Atomkraftwerken! Schon bei kleineren Störungen in den komplizierten Sicherheitsmechanismen können größere Mengen an radioaktivem Material in die Umwelt und in die Nahrungskette gelangen. Die Risiken vervielfachen sich! Plutonium ist das tödlichste und langlebigste Material überhaupt.

Ein weiteres Problem – eine tickende Zeitbombe – sind die anfallenden radioaktiven Abfallprodukte, für die es bislang keine sicheren Endlager gibt. So sind z. B. in Deutschland über 100.000 Kubikmeter hochradioaktiven Materials

zwischenlagert (Atommülllager Asse, Morsleben und Gorleben; Schacht Konrad ist als Endlager genehmigt, ohne dass bisher die letztendliche Eignung nachgewiesen wurde). Wie die Situation in »Asse II« zeigt, ist die radioaktive Verseuchung des Grundwassers nicht auszuschließen. Dies wäre eine Katastrophe!

Zur Erinnerung – es gab Störfälle in Reaktoranlagen und Katastrophen durch die Kernenergie in Europa!

Sellafield: 1957 kam es in einem britischen Kernreaktor in Windscale (heute Sellafield) zu einem Brand, und eine Wolke mit radioaktivem Material wurde freigesetzt, die sich über Großbritannien sowie über das europäische Festland ausbreitete. Auf der siebenstufigen Internationalen Bewertungsskala für nukleare Störfälle wird der Reaktorbrand in Sellafield als Stufe 5 (Ernster Unfall) eingestuft.



Bild: Rainer Sturm, pixelio.de



.....
Atom-Energie ist nicht sicher! In fast allen Reaktoren Europas wurden Störfälle bekannt, im schwedischen AKW Forsmark, in den deutschen AKWs Brunsbüttel und Krümmel und in der französischen Atomanlage Tricastin.
.....

Tschernobyl: 1986 ereignete sich der bislang schwerste Störfall in einem Kernkraftwerk. Block 4 der Reaktoranlage in Tschernobyl explodierte. Rund 1700 Tonnen Graphit (die Ummantelung des Reaktors) verbrannten, und erhebliche Mengen radioaktiver Nukleide gelangten in die Atmosphäre. Die Katastrophe wurde der Öffentlichkeit erst bekannt gegeben, als in Skandinavien stark erhöhte Radioaktivitätswerte gemessen wurden. Die radioaktive Belastung in Weißrussland, in der Ukraine und in Russland ist bis heute dramatisch. Riesige Agrargebiete sind für Jahrhunderte verseucht und die meisten Menschen in den betroffenen Regionen sind strahlenkrank. Von den Arbeitern und Soldaten, die zu Aufräumarbeiten und Baumaßnahmen am explodierten Reaktorblock 4 eingesetzt wurden, sind bis 2002 bereits 15.000 an den Folgen der Radioaktivität gestorben.

Alle Umweltschutz-Organisationen warnen zu Recht: Atom-Energie ist nicht sicher! In fast allen Reaktoren Europas wurden Störfälle bekannt, im schwedischen AKW Forsmark, in den deutschen AKWs Brunsbüttel und Krümmel und in der französischen Atomanlage Tricastin.

Die Bevölkerung wird aber über solche Vorkommnisse nur informiert, wenn sie sich nicht mehr verheimlichen lassen. Dabei gibt es

keinen wirksamen Schutz vor Radioaktivität. Ganz zu schweigen davon, dass AKWs nachweislich vor terroristischen Anschlägen nicht gefeit sind.



UNSERE FORDERUNGEN:

Schon immer lautete unsere Forderung: »Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie!« Im Jahr 2009, nachdem durch die skandalösen Vorkommnisse im Atommüll-Lager »Asse II« bewiesen wurde, dass eine riskolose Endlagerung der strahlenden Abfallprodukte nicht gewährleistet werden kann, ist die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus dieser hochgefährlichen Energiegewinnung umso mehr berechtigt.

Mit Besorgnis verfolgen wir die Absicht der Regierung, den beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie wieder rückgängig zu machen sowie die erklärte Absicht von CDU/CSU, die Laufzeiten von bestehenden Atomkraftwerken zu verlängern.

Wir vertreten entschieden eine Politik, die auf Nachhaltigkeit setzt. Auch atomare Brennstoffe sind knappe Ressourcen, die in nicht allzu ferner Zeit erschöpft sein werden.

Unserer Auffassung nach wird eine umfassende Umstellung auf erneuerbare Energien immer dringlicher. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik bedarf der gezielten Forschung hinsichtlich erneuerbarer Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung. Nicht zuletzt werden auf dem Wege von Innovationen auf diesen Gebieten zahlreiche Arbeitsplätze entstehen!

Wir fordern mit Nachdruck eine Energiewende, deren Ziel die ausschließliche Verwendung von Windkraft, geothermischer Energie, Wasserkraft und vor allem Solarenergie ist.

WEGE AUS DER WIRTSCHAFTSKRISE

Die neoliberale Ideologie von Schwarz-Rot kann definitiv als gescheitert bezeichnet werden! Durch die Deregulierung der Finanzmärkte und die Politik »Wachstum um jeden Preis« steckt unser Land – genauso wie die USA, Japan und viele andere Länder – in der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Raubritter-Kapitalismus, Globalisierungswahn und Missmanagement der Banken sowie epochale politische Fehlentscheidungen der Regierungen der Industrienationen haben die globale Wirtschaft in diese tiefe Rezession gestürzt. Die Kreditvergabe ist stark rückläufig und infolgedessen werden unternehmerische und private Investitionen aufgeschoben. Die Staatsverschuldung ist exorbitant angestiegen. Die Krise hat zu Kurzarbeit und Massenentlassungen geführt, unzählige Betriebe (6000 bereits im ersten Quartal 2009) – darunter auch Traditionsfirmen wie Rosenthal, Märklin und Schießer – wurden bereits in den Bankrott getrieben. Über Arcandor, Opel und vielen anderen Unternehmen kreist der Pleitegeier. Mit rapide steigenden Arbeitslosenzahlen ist zum Jahresende zu rechnen.

Zweifellos werden auch die demokratischen und gesellschaftlichen Strukturen ins Wanken geraten – es ist nur eine Frage der Zeit!

Verantwortlich dafür sind jene Politiker/innen, die Spekulanten in Investmentbanken, Hedgefonds usw. hofiert und ihre politischen Entscheidungen nach deren Vorgaben getroffen haben. Sie verspielten leichtsinnig zig Milliarden von Steuergeldern – also Volkseigentum – und vernichten damit die Arbeitsplätze von uns und unseren Kindern – dies, obwohl es seit 2004 genügend Warnungen gab, nicht auf die Deregulierung der Finanzmärkte zu setzen.

Merkel und Co. haben ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt und vor allem nichts getan, um unsere Volkswirtschaften auf diese absehbare Krise vorzubereiten.

Mit riesigen Staatsinvestitionen will die »Merkel-Administration« nun den Wirtschaftsabschwung bremsen. Vielleicht gelingt dies sogar, aber um welchen Preis? Eine galoppierende Inflation könnte uns schneller ereilen, als uns lieb ist, denn macht man ungezügelt Schulden, sinkt der Wert des Geldes. Für die Konjunkturpakete, die bis jetzt großzügig verteilt wurden, zahlt eines Tages der Steuerzahler die Zeche – wir und die nachfolgenden Generationen. Durch Merkel und Co. werden unseren Kindern und Kindeskindern riesige Lasten aufgebürdet.

Nichts ist mehr sicher – auch der Euro nicht

mehr, denn der Stabilitätspakt (laut Maastricht-Vertrag nicht mehr als 3 % Neuverschuldung) ist längst zur Makulatur verkommen. 17 EU-Staaten, so die Erwartung aus Brüssel, werden die Hürde reißen. Dazu gehören Länder wie Deutschland (4,2 %), Frankreich (5,0 %), Spa-

nien (5,7 %), Großbritannien (9,6 %) und Irland (13 %). Italien und Griechenland stehen bereits kurz vor der Pleite; sie haben die höchsten Staatsschulden innerhalb der EU – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Die nächste Blase, die platzen wird, sind also die Staatsschulden. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, um zu retten, was zu retten ist!

UNSERE FORDERUNGEN:

Das Kriterium für die Höhe der Staatsausgaben muss sich an ihrer Nachhaltigkeit orientieren! Eine verantwortungsvolle und sparsame Haushaltspolitik ist oberste Pflicht! Auch der Staat sollte nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Das Vertrauen in die Stabilität des Geldes, in Finanzmärkte und Wirtschaft muss umgehend wiederhergestellt werden.

Eine konsequente Bankenaufsicht muss oben auf der finanzpolitischen Agenda stehen! Als erster Schritt hierfür ist die Abkehr von

der Politik der Deregulierung der Finanzmärkte erforderlich. Wir müssen unsere Finanzplätze durch klare, grenzüberschreitende Regeln und Kontrollen hinsichtlich Spekulationen und unseriöser Finanzprodukte strenger als bisher regulieren. Ebenfalls muss die Größe der Banken (ihre Bilanzsummen) gesetzlich »gedeckt« werden. Der staatlich garantierte Einlagenschutz ist zu erhöhen. Wir fordern neue Bilanzierungsregeln für Banken, am besten mit europaweiter Geltung, und

darüber hinaus mehr Transparenz bei Finanzprodukten. Dies ist nur möglich durch klare Aussagen über Laufzeit, Rendite und Sicherheit mittels eines europäischen Prüfsiegels durch eine zu gründende Abteilung in der Europäischen Zentralbank.

Die Einhaltung des Stabilitätspakts von Maastricht muss das oberste Ziel einer soliden Finanzpolitik sein. Wir sagen Nein zu Merkels finanzpolitischem Irrweg nach dem Motto: »Nach uns die Sintflut.«

Wir fordern die sofortige Abschaffung der Boni-Systeme für Aufsichtsräte, Vorstände und Manager sowie – ohne Wenn und Aber – die Festsetzung von Obergrenzen für Vergütungsregelungen, und dies nicht nur für Banken, sondern für alle Unternehmen.





Bild: istockphoto.com

ZURÜCK ZUR SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Die Schere zwischen Arm und Reich ist in Deutschland größer geworden. Durch die Folgen der Wirtschaftskrise wird dieser negative Trend weitergehen! Auch Kinder sind in Deutschland durch die Armut betroffen – jedes zehnte Kind fällt mittlerweile unter die Armutsgrenze. Aber nicht nur junge Menschen sind von der schleichenden Verarmung betroffen. Problematisch ist z.B. auch die Beschäftigungsrate und die Lebenssituation älterer Menschen. Es ist eine Schande, dass in Deutschland das Schreckgespenst »Altersarmut« und »Rentnerarmut« umgeht!

In der Bundesrepublik muss wieder mehr Wert auf Solidarität gelegt werden. Die Bewältigung der sozialen Probleme und die Rückkehr zum »Sozialstaat Deutschland«, auf den wir einmal stolz sein konnten, sind dringend erforderlich.

Die unter der rot-grünen Regierung beschlossenen und von der schwarz-gelben Opposition mitgetragenen Hartz-Gesetze sollten den großen Wurf bringen, aber sie führten nur zu einer Verarmung der Betroffenen und deren Stigmatisierung. Neue Arbeitsplätze wurden damit nicht oder nur vorübergehend geschaffen. Hartz IV diente lediglich zur Kosteneindämmung und für statistische Tricks, mit denen die monatlichen Arbeitslosen-Zahlen beschönigt wurden. Fakt ist, dass Hartz IV zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Das muss sich ändern! In unserem Lande gibt es immer mehr Menschen, die vollbeschäftigt sind, aber deren Einkommen

nicht zu einer menschenwürdigen Lebensführung ausreicht. Auch das Lohnniveau zwischen Frauen und Männern bei gleicher Leistung klafft immer noch auseinander und Frauen haben weniger Aufstiegschancen im Berufsleben als Männer.

Fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung erhalten Rentner in den neuen Bundesländern immer noch weniger Rente als Rentner in den alten Bundesländern. Diese Ungerechtigkeit trägt nicht zu einem Zusammenwachsen bei; sie spaltet die Menschen in Ost und West.

Unser Bildungswesen gleicht soziale Unterschiede nicht genügend aus. Sozial Benachteiligte und Kinder von Migranten haben weniger Chancen, Schule und Studium erfolgreich zu absolvieren als Kinder von Reichen. Durch die Einführung von Studiengebühren bleiben die Türen von Universitäten für viele begabte junge Menschen verschlossen, da ihnen das nötige Geld fehlt. Der »deutsche Bildungsnotstand« wird letztendlich ein Heer von minder qualifizierten Arbeitslosen schaffen und dadurch das so genannte Prekariat weiter ansteigen lassen. Das Problem wird verschärft, weil in unserem Land die Kinder aus sozial schwachen Familien zu wenig gefördert werden (siehe Ergebnisse der Pisa-Studien). Studiengebühren sind unsozial und ein Armutszeugnis für Deutschland!

Das deutsche Gesundheitssystem kränkelt gewaltig, obwohl von politischer Seite angeblich große Anstrengungen hinsichtlich Reformen und »Nachbesserungen« unternommen wurden. Allerdings kann man aber durch ständige Einsparungen im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen keine qualitativ gute Versorgung erreichen!

Die Klagen von Seiten der gesetzlich Versicherten sind deshalb vielfältig: Vom Patienten 2. Klasse und von Zwei-Klassen-Medizin ist die Rede. Viele Patienten fühlen sich medizinisch unterversorgt oder gar mit ihrem Leiden im

Stich gelassen. Bei der zahnärztlichen Versorgung entscheidet mittlerweile der Geldbeutel über Güte und Qualität der Materialien, vor allem beim Zahnersatz.

Die vierteljährliche Praxisgebühr, hohe Zuzahlungen sowie der Wegfall der Erstattung bei vielen Medikamenten und so mancher medizinischer Leistungen haben soziale Härten entstehen lassen. Am meisten betroffen sind die chronisch Kranken. Ebenso sind alte Menschen benachteiligt, bei denen oft genug versucht wird, an notwendigen Therapien zu sparen.

Ärzte wehren sich zu Recht gegen die Unterbezahlung ihrer Leistungen und die Einengung der zu honorierenden Therapiemöglichkeiten. Vor allem Krankenhausärzte haben – aufgrund der Einsparung von Personalstellen – besonders unter Dauerstress, Wochenend- und Bereitschaftsdienst, Nacharbeit und 20-Stunden-Schichten zu leiden. Zunehmend schlechter wird auch die ärztliche Versorgung in ländlichen Gebieten. Hausärzte, die in Rente gehen, finden keine Nachfolger mehr; gleichzeitig steigt der Anteil der älteren Bevölkerung überproportional schnell. Durch eine bessere medizinische und pflegerische Grundversorgung könnten Einweisungen in die meist zu teuren Pflegeheime verhindert oder zumindest hinausgezögert werden.

2006 erhielten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland 7,3 Milliarden Euro Rundfunkgebühren; das war mehr Geld, als das Land Bolivien mit seinem Brutto-sozialprodukt (5,9 Milliarden Euro) erwirtschaftete! Es widerspricht unserem Rechtsverständnis, dass man/frau gezwungen wird, selbst dann für eine Leistung Geld zu zahlen, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird (z.B. selbst wenn ein Fernseher nicht angeschlossen ist und im Abstellraum »entsorgt« wurde, sind für dieses

Gerät Rundfunkgebühren zu zahlen!). Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs mit eingehenden sozialen Verwerfungen ist es absolut unsozial, dass Geringverdiener mit der gleichen Gebühr belastet werden wie Rundfunkteilnehmer mit exorbitant hohen Einkommen.

UNSERE FORDERUNGEN:

Es sind mehr als bisher Gelder bereitzustellen, um konsequent der wachsenden Kinder- und Altersarmut durch Förderprogramme, Stipendien, Zuschüsse zur Grundsicherung und zur Rente Paroli zu bieten.

Unsere Partei fordert deshalb eine grundlegende Reform der Hartz-Gesetze und eine konsequente Hinwendung zu den Arbeitslosen als Teil unserer Gesellschaft, z.B. durch eine ausreichende finanzielle Versorgung, insbesondere der Kinder betroffener Eltern.

Grundsicherung und Hartz IV müssen eine menschenwürdige Lebensführung sicherstellen. Die Regelsätze sind auf 500 Euro zu erhöhen. Ebenfalls müssen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV beziehen, angehoben werden.

Wir fordern existenzsichernde Mindestlöhne (je nach Berufssparte zwischen 7 und 10 Euro) und die gesetzlich vorgeschriebene Gleichstellung der Frau im Berufsleben, sowohl in Bezug auf die Aufstiegschancen als auch auf das Einkommen. Gleicher Lohn für gleiche Leistung!

Zur Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze befürworten wir eine Senkung der Lohnnebenkosten. Mittelständische Unternehmen, das Standbein jeder gesunden Wirtschaft, sind hierbei besonders zu berücksichtigen.

Die Rahmenbedingungen vor allem für berufstätige Alleinerziehende sind deutlich zu verbessern (Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten, Job-Sharing, Kinderbetreuung u.a.).

Um den beruflichen Wiedereinstieg zu ge-

währleisten, sollten bereits während der Kindererziehungszeiten Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Wir setzen uns ein für eine chancengleiche Bildung. Wir sagen Nein zu Studiengebühren, weil diese auf lange Sicht zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft im Bildungsbereich führen werden.

Zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist eine erneute Strukturreform in der Arbeitsmarktpolitik notwendig. Eine Verbesserung der Koordination von Angebot und Nachfrage in der Arbeitsplatzvermittlung ist vor allem durch weniger Bürokratie und mehr Flexibilität möglich. Man muss es nur wollen!

Die ständig überlasteten Sozialeinrichtungen, insbesondere im Kranken- und Altenpflegebereich, aber auch die Tierheime brauchen weitere qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der von uns geforderte Tier- und Naturschutzunterricht an allen Schulen bietet eine weitere Möglichkeit für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für Pädagogen.

Die im Rahmen der fortschreitenden Technisierung entfallenden Arbeitsplätze machen die Schaffung neuer sowie die Erweiterung vorhandener Arbeitsbereiche notwendig. Neue Arbeitsplätze entstehen zum Beispiel auch durch eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft. Ferner könnten im Umweltschutz neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die gesetzlichen Krankenkassen verbuchten durch die einschneidenden Sparmaßnahmen zwar im Jahr 2008 den fünften Überschuss in Folge (in dreistelliger Millionenhöhe), allerdings dürften die kommenden Jahre durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine steigende Kostenentwicklung ganz anders verlaufen. Deshalb sollte schon jetzt mit dem Abbau der Bürokratie und der Verschlinkung der Verwaltungsapparate begonnen werden.

Wir fordern eine grundlegende Gesund-

heitsreform mit dem Fokus auf mehr soziale Gerechtigkeit, um die heutige Zwei-Klassen-Medizin rückgängig zu machen.

Wichtig ist auch die Aufklärung (möglichst als Schulfach) über eine gesunde Lebensweise, über die Vorteile einer vegetarisch/veganen Ernährung und über die Risiken von Genussgiften. Hierzu ist es u.a. notwendig, wirtschaftlich unabhängige Beratungsstellen einzurichten.

Wir fordern ferner die Verbesserung der Präventiv-Medizin, um dadurch kostenintensive Erkrankungen zu minimieren.

Die Situation in Pflegeheimen muss ebenfalls dringend verändert werden: Mehr Pflegepersonal und leistungsrechte Entlohnung - nicht nur für eine gute körperliche Versorgung, sondern auch für die so wichtige seelische Betreuung.

WEITERE FORDERUNGEN IN KÜRZE:

→ Freie Entscheidung des Versicherten zwischen Schulmedizin und Naturheilverfahren bzw. ergänzenden Kombinationen

→ Einführung eines Bonusystems für gesundheitsbewusstes Verhalten

→ Gesundheitsforschung hinsichtlich geschlechtsspezifischer Therapien

→ Erweiterung des Leistungskataloges zur Vermeidung einer Zwei-Klassen-Medizin

→ Abschaffung der Praxisgebühr

→ Guter Zahnersatz auch ohne private Zusatzversicherung

→ Spezielle Maßnahmen und Förderprogramme gegen die Überforderung der Mediziner (hauptsächlich in Krankenhäusern) und gegen die Landflucht von praktischen



